

AUSPRACHE BEIM „WERDENFELSER BÜNDNIS GEGEN RECHTS“

Nach Neonazi-Spuk: Kritik an Gemeinde

Das „Werdenfelser Bündnis gegen Rechts“ diskutiert kontrovers über die Ereignisse rund um den Neonazi-Aufmarsch. Derweil geißelt Gemeinderat Holger Poczka (ÖDP/Bürgerforum) die Informationspolitik der Gemeinde.

VON ROLAND LORY

Murnau – Die Gegenveranstaltung zum Neonazi-Aufmarsch vom 28. Juni ist nicht so gelaufen, wie sich das Bündnis dies vorgestellt hatte. Das geplante Fest der Demokratie konnte nicht stattfinden, stattdessen wurde eine „Kehraktion“ veranstaltet (wir berichteten). Beim jüngsten Treffen im „Angerbräu“ zog man Bilanz. Dabei be-

klagte Jürgen Wehrens, dass das Bündnis nicht ins „Krisenmanagement“ einbezogen worden sei. Michael Niggel beklagte die „Panikmache“ im Vorfeld des braunen Aufzugs. Er überlege sich, ob er im Bündnis weiterhin die „Marionette für die Gemeindepolitik“ machen wolle. Niggel fand, dass der Tag „nicht erfolgreich“ gewesen sei. Roman Wittwer schloss sich an. „Das war ein Erfolg für die Neonazis.“ Man habe ihnen den Markt überlassen. Dies sei „traurig“.

Doch es gab auch andere Stimmen, die von einem Erfolg sprachen, wie etwa die SPD-Räte Elisabeth Hoehner und Michael Manlik. Der Fraktionssprecher verwies zudem auf die Schwierigkeit, das Bündnis und 24 Gemeinderäte auf einen Nenner zu bekommen. Wittwer beklagte, dass die Rechte von 10 000



„Kehraktion“: Ende Juni wurde symbolisch der „braune Dreck“ von den Straßen gefegt. Zuvor waren 80 Neonazis durchs Zentrum marschiert.

FOTO: LORY

Bürgern sowie vielen Gästen stark eingeschränkt worden seien. Ferner müssten die Steuerzahler nach seiner Berechnung mindestens 100 000 Euro für die verschärften Sicherheitsvorkehrungen aufbringen. Zudem verwies er auf die Einbußen der Murnauer Geschäftsleute. Über-

dies kritisierte er, dass die Öffentlichkeit zu spät informiert worden sei.

Auch Gemeinderat Holger Poczka erfuhr nach eigenen Angaben erst rund zwei Wochen vor dem 28. Juni von einem Geschäftsmann, dass Rechtsextremisten im Aufmarsch seien. „Die Verwal-

tung unserer Gemeinde müsste seit circa 15. Mai, wenn nicht sogar früher, von dem Antrag der Nazis für eine Kundgebung in Murnau wissen. Seitdem weiß es zumindest das Werdenfelser Bündnis und es ist schwer vorstellbar, dass die Gemeinde später informiert wurde als das Bündnis“, unterstreicht Poczka in einer schriftlichen Stellungnahme. In der Kürze der Zeit sei dann eine angemessene Diskussion, wie man dieser Situation am besten begegnet, nicht mehr möglich gewesen. Poczka: „Dies ist nicht zuletzt bedauerlich für die demokratische Kultur in unserer Gemeinde. Die Resolution des Gemeinderates wurde mit heißer Nadel gestrickt. Letztlich habe ich sie unterstützt, da es zeitlich nicht mehr möglich war, andere Formen des bürgerlichen Engagements zu erarbeiten,

dafür zu werben, Mehrheiten zu organisieren und umzusetzen.“ Für die Zukunft müsse aber klar sein, dass bei ähnlichen Vorgängen, die Gemeindevorteiler und die Bürger rechtzeitig von der Verwaltung informiert werden müssen. „Diese Informationspflicht kann auch nicht auf das Werdenfelser Bündnis delegiert werden“, erklärt Poczka. Ferner betont er, dass der Neonazi-Aufmarsch so nicht hätte genehmigt werden müssen. Wittwer stieß ins selbe Horn. Poczka findet zudem, dass Murnau aus den Erfahrungen anderer Orte, sowohl hinsichtlich der Genehmigungspraxis bei Neonazi-Demonstrationen als auch in der Form des Protestes, lernen könne. „Leider konnte auch dieses Wissen in der kurzen Zeit nicht abgefragt und eventuell genutzt werden.“